



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Februar I 2014

Inhalt:

1. Schuldenbremsen-Exzess I
2. Schuldenbremsen-Exzess II
3. Schuldenbremsen-Exzess III
4. JAV-Forum der Ministerpräsidentin
5. Verein KGGP – Keine Gewalt gegen Polizisten
6. Wir sind an Deiner Seite

1. Schuldenbremsen-Exzess I:

Herzlichen Dank für diesen treffenden Leserbrief

Bezüge Finanzminister Carsten Kühl hat die Beamtenbesoldung des Landes verteidigt.

„Gehaltszettel lügt nicht“

Unwahrheiten werden nicht dadurch zu Wahrheiten wenn ein Minister sie gegenüber Ihrer Zeitung behauptet. Als Polizeibeamter in Rheinland-Pfalz erhalte ich mehrere Hundert Euro weniger monatlich als Polizeibeamte in der gleichen Besoldungsgruppe in anderen Bundesländern. Die Besol-

dungserhöhungen von 1 Prozent sind bisher real ebenfalls nicht erfolgt, weil gleichzeitig andere Gehaltsbestandteile gekürzt wurden. In den vergangenen Jahren gab es somit keine Gehaltserhöhung. Mein Gehaltszettel lügt auf jeden Fall nicht.

Jürgen Johnen, Plaidt

2. Schuldenbremsen-Exzess II:

DGB-Chef Muscheid: Haushaltssanierung nicht nur durch Beamte

Die Erfolgsmeldungen von Finanzminister Carsten Kühl zur Haushaltssanierung laufen auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten. Ihre Besoldung ist weit hin-



ter der konjunkturellen Entwicklung zurückgeblieben. „Die auf fünf Jahre angelegte Deckelung der Beamtenbesoldung muss aufgegeben werden“, fordert Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland



„Die Beamtinnen und Beamten müssen an der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen beteiligt werden. Spätestens jetzt ist die Gelegenheit gekommen, damit aufzuhören, die Haushaltssanierung auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten auszutragen“, sagt Dietmar Muscheid, Vorsitzender DGB Rheinland-Pfalz / Saarland. Er bezieht sich auf Angaben des Ministeriums, nach denen dem Land rund 700 Millionen Euro mehr aus Steuereinnahmen des Jahres 2013 zur Verfügung stehen und wonach das Land den Haushalt stärker als geplant sanieren könne, weil es an den Personalausgaben spare. „Die Haushaltssanierung ist aber eine Aufgabe aller, nicht nur der Beamtinnen und Beamten.“

Die Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz ist bereits ein Fall für das Bundesverfassungsgericht. Das Verwaltungsgericht Koblenz hat in diesem Zusammenhang bereits festgestellt, dass die Beamtenbesoldung in Rheinland-Pfalz um 17,8 Prozent im Vergleich zu 1983 hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben sei. Zudem geht das Land nach eigenen Angaben restriktiv mit Beförderungen um.

„Das Land darf nicht auf Karlsruhe warten, um die Deckelung der Besoldung der Beamtinnen und Beamten aufzuheben. Die Deckelung auf 1 Prozent Steigerung auf fünf Jahre, unabhängig von der Konjunktur, war ein politischer Fehler und muss spätestens angesichts der neuen Zahlen behoben werden. Auch ein Verzicht auf zustehende Beförderungen zugunsten der Haushaltssanierung ist nicht hinnehmbar“, so Muscheid abschließend.

3. Schuldenbremsen-Exzess III:

GdP-Vize Gabler: Auf unsere Kosten beim Sparen zwei Jahre voraus

Finanzminister Carsten Kühl ist mit dem Haushaltsabschluss 2013 zufrieden. Nach seinen Angaben hat das Land im Rahmen der Schuldenbremse in 2013 bereits die Zielmarke des Jahres 2016 erreicht.



Dieses aus seiner Sicht gute Ergebnis ist auch darauf zurückzuführen, dass die Personalausgaben 64 Millionen unter der Planung lagen.

Gabler "Die Steuerquellen sprudeln und die Personalausgaben sind deutlich gesunken.

Jetzt ist es an der Zeit, die Beamtinnen und Beamten an der konjunkturellen Entwicklung zu beteiligen. Die Deckelung der Besoldung und Versorgung und die künstliche Reduzierung verdienter Beförderungen müssen endlich vom Tisch."



In seiner Presseerklärung führt Minister Kühl aus, dass die Nettokreditaufnahme auf 501 Millionen gesunken ist und damit zum ersten Mal kein Kredit bei "anderen" aufgenommen werden musste, da die im landeseigenen Pensionsfond zurückgelegten Mittel in Höhe von 551 Millionen Euro dafür ausreichten. An anderer Stelle weist der Minister daraufhin, dass die steigenden Pensionslasten in den nächsten Jahren dazu führen müssen, dass man weiter konsolidieren muss.

Der Pensionsfond wird aus Mitteln aufgebaut, die durch Besoldungskürzungen um jeweils 0,2 % resultieren die Ende der 90ziger Jahre beschlossen wurden und bis heute fortwirken. Zweckbestimmung dieses Fonds ist es, die Pensionslasten zu "untertunneln". Im letzten Jahr wurden erstmals aus diesem Topf Gelder entnommen, um die Pensionslasten zu senken. Das ist der Zweck dieser Gelder, nicht die Senkung der Kreditaufnahme.

Wirtschaftsminister Gabriel geht von einer positiven Lohnentwicklung von 2,7 % aus. Er fordert die Teilhabe der Beschäftigten an den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen. Gabriel erwartet einen Beschäftigungsrekord und zeigt Verständnis für die Forderungen der Gewerkschaften.

Die Bundestagsabgeordneten wollen sich über zwei Jahre die Diäten mal locker um 10 % erhöhen.

Das sind Meldungen die bei den Polizistinnen und Polizisten des Landes Kopfschütteln und Frust hervorrufen. Sollen sie doch weiter abgekoppelt bleiben.

Gabler: "Auch die Polizei würde gerne an dem Beschäftigungsrekord mitwirken. In vielen Dienststellen unseres Landes herrscht Dürre im Schichtdienst. Die Mehreinstellungen des Jahres 2013 haben wir uns selbst erwirtschaftet, wenn darüber hinaus im Haushalt noch 64 Millionen über Plan eingespart wurden. Von daher sind weitere Einstellungen das Gebot der Stunde, wenn man die Forderungen des Wirtschaftsministers nach weiterer Ankurbelung der Binnennachfrage und Vollbeschäftigung erfüllen will. "

Die Forderungen des Bundeswirtschaftsministers und die vom Landesfinanzminister aufgezeigte Haushaltsentwicklung müssen dazu führen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht von der konjunkturellen Entwicklung abgekoppelt werden. Dazu gehören die Tarifierhöhungen für die Beschäftigten und die Verbesserung der Besoldung und Versorgung.

- **Schluss mit der Besoldungsdeckelung auf 1 %.**
- **Angemessene Eingruppierung und deutliche Einkommenserhöhung für Tarifbeschäftigte**
- **Mehr Einstellungen um die Belastung insbesondere im Wechselschichtdienst zukünftig zu senken.**
- **Mehr Tarifpersonal um bereits heute die Polizistinnen und Polizisten zu entlasten.**
- **Mehr Budget für dringend notwendige Beförderungsmaßnahmen. Deutliche Anhebung der Erschwerniszulagen und des „DUZ“; Verkürzung der Arbeitszeit für Lebensältere in anspruchsvollen Arbeitsbereichen**



4. JAV-Forum der Ministerpräsidentin:

Aufregende Diskussion in der Staatskanzlei

Im November waren wieder über 150 Auszubildende und Studierende aus mehr als 35 rheinland-pfälzischen Betrieben und Behörden in der Staatskanzlei zu Gast, um ihre Probleme und Sorgen vorzutragen.

Das diesjährige Jugend- und Auszubildendenvertretungsforum musste allerdings ohne die Ministerpräsidentin auskommen, da sie wegen der Koalitionsverhandlungen in Berlin gebunden war. Vertreten wurde sie von Staatssekretär Langner (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie), sowie von Staatssekretärin Vera Reiß (Ministerium für Bildung, Weiterbildung, Wissenschaft und Kultur).



Für die JAV der Landespolizeischule/ Fhöv -FB Polizei nahmen Michelle Oehl, Thorsten Räth und Patrick Willms teil, für die Haupt-JAV des Landes deren Vorsitzender Christoph Hanschke. Die JAV des Polizeipräsidiums Mainz war vertreten durch Jennifer Kopp.

„Auch in diesem Jahr konnten wir uns für unsere Arbeit als JAV im Austausch mit anderen JAV`en berufs- und spartenübergreifend austauschen und weiter vernetzen“, so Christoph Hanschke. Ein durchaus kontrovers diskutiertes Hauptthema des diesjährigen Forums war die Übernahmeproblematik in den Wirtschaftsbetrieben nach Abschluss einer Ausbildung. „Die ledigliche Anstellung in befristeten Zeitverträgen von 3-Monaten bis zu 2-Jahren ist aus Sicht der Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer/innen ein entscheidender Grund für deren Unzufriedenheit, da eine sichere Zukunftsplanung und Familienplanung mit einer derartigen sozialen Unsicherheit nicht möglich ist.“, so Patrick Willms. Demnach sahen die Auszubildenden diesen Umstand als Hauptproblem auch in Bezug auf den demografischen Wandel, da viele junge Erwachsene kein Kind bekommen möchten, wenn sie sich in einem solch unsicheren Arbeitsverhältnis befinden.

„ Ein weiteres interessantes Thema war der Vorstoß der Gewerkschaft Ver.di zur Änderung des LPersVG, wonach die Wählbarkeit für JAVen auch nach dem 25. Lebensjahr ermöglicht werden soll, analog zu den Vorschriften in Wirtschaftsbetrieben. Das betrifft auch die JAV an der Fhöv -FB Polizei- unmittelbar“, so Christoph Hanschke.

Alles in allem war es eine aufregende und interessante Diskussion zwischen Wirtschaftsvertretern, Politik und jungen Berufsanfängern/-innen.

5. Verein KGGP – Keine Gewalt gegen Polizisten:

Tolles Plakat zum Aushang auf den Dienststellen

Diese treffende Grafik mit dem noch treffenderen Text trägt in den rheinland-pfälzischen Polizeidienststellen zur „Elternerziehung“ bei:



Die GdP sagt herzlichen Dank für die Super Idee.

6. Mitglied werden in der GdP:

Wir sind an Deiner Seite

- **Komm jetzt in unsere Gemeinschaft**
- **500.000 Mitglieder in Europa:** <http://www.eurocop-police.org/>
- **170.000 Mitglieder in Deutschland:** <http://www.gdp.de/>
- **7.700 Mitglieder in Rheinland-Pfalz:** <http://www.gdp.de/Rheinland-Pfalz>
- **Unsere Community:** <http://www.friends.gdp-bka.de/>

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

**Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden
beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!**

06131/96009-23 oder -31 <http://www.psw-rp.de/>

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de

Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

Polizeiausrüstung unter <http://gdp.polas24.de>

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,

Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de